Die Landtagswahlen in Oldenburg.

Von **Adolf Schulz** (Bant).

Am 17., 18. und 19. September fanden im Großherzogtum Oldenburg die Wahlen zum Landtag statt, und da das Wahlsystem ein indirektes ist, zunächst die Wahlmännerwahlen. Das zwar geheime, aber indirekte und längst nicht gleiche und allgemeine Wahlsystem und der vorwiegend agrarische Charakter des Oldenburger Landes bringen es mit sich, daß von einer lebhaften Wahlbewegung nichts zu verspüren ist. Das Cliquenwesen herrscht vor, und auf dem Lande ist es den Arbeitern infolge ihrer großen wirtschaftlichen Abhängigkeit nicht möglich, sich als selbständige politische Partei mit eigenen Wahlmännern an der Wahl zu beteiligen. In diesem Jahre war die Beteiligung an der Wahl aber doch eine stärkere als in früheren Jahren. Der letzte Landtag hat die Einführung des direkten Wahlrechtes beschlossen;[1] außerdem stand in sicherer Aussicht die Reform der Schulgesetzgebung, die auf Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht und Erweiterung des Lehrziels durch Reduzierung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen gerichtet war. Da die Einführung des direkten Wahlrechtes eine Änderung des Staatsgrundgesetzes bedingt, hat sich der nächste Landtag noch einmal mit der Wahlrechtsreform zu beschäftigen, ehe diese endgültig zum Abschluß gelangt. Daneben harren im nächsten Landtag eine Reihe anderer Gesetzesvorlagen, die eine fortschrittliche Entwicklung des Landes versprechen, der Erledigung. Dieser Umstand und die Tatsache, daß die Sozialdemokratie in fast allen größeren Orten des Landes eigene Wahlmänner aufgestellt hatte, veranlaßten eine lebhaftere Wahlbeteiligung. Die Wahlrechtsfeinde und Gegner einer modernen Schulgesetzreform waren eifrig an der Arbeit, gegen die Sozialdemokratie zu agitieren. Vor allem war es die agrarische Bevölkerung, die alles mobil machte und eine fast beispiellose Agitation entfaltete. Wochenlang vor der Wahl waren die Sendboten der Leitung des Bundes der Landwirte aus Hannover unter den Bauern tätig, um diese scharf zu machen gegen die „sozialdemokratische Gefahr" und um durch die Wahl von möglichst vielen Agrariern die geplante fortschrittliche Gesetzgebung zu verhindern. In spaltenlangen Artikeln in der Kreisblattpresse machte man scharf gegen die vom letzten Landtag beschlossene und durchaus nicht genügende Wahlrechtsreform und forderte die Entrechtung des Proletariats durch ein Pluralwahlsystem nach sächsischem Muster. Unsere Forderungen lauteten demgegenüber: Freiheitlicher Ausbau der Wahlrechtsreform; Trennung der Schule von der Kirche, Erweiterung des Lehrziels der Schule und obligatorischer Besuch; weitere Entlastung der unteren Steuerstufen und gänzliche Befreiung der Stufen bis zu 750 Mark. Dieses Programm brachte aber nicht nur die Agrarier, sondern den ganzen bürgerlichen Mischmasch auf die Beine, und dadurch kam eine Koalition der Bürgerlichen gegen die Sozialdemokratie in den meisten Wahlkreisen zustande.

Und trotz der wüsten gegnerischen Agitation und trotz der Krise hat die Sozialdemokratie nicht nur keinen Rückgang, sondern einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Allerdings haben auch die gegnerischen Stimmen erheblich zugenommen. Aber dieser Stimmenzuwachs der Gegner ist kein Beweis für einen angeblichen Niedergang der Sozialdemokratie. Lediglich unserer politischen Regsamkeit haben unsere Gegner ihren Stimmenzuwachs zu danken. Denn von einer wirklichen Wahlbewegung war nur dort die Rede, wo die Sozialdemokratie auf den Plan trat. Die vorwiegend agrarischen Verhältnisse, die damit verbundene größere wirtschaftliche Abhängigkeit der Landarbeiter, der Mangel von genügenden Stützpunkten unsererseits in den weitverzweigten, schwer

[1] Vergl. „Neue Zeit", XXVI, 2, S. 152, Richard Wagner, Antwort auf das Oldenburger Beispiel.

zugänglichen Orten mußten ein Übergewicht der Gegner von vornherein ergeben. Darüber war sich die Sozialdemokratie nicht im unklaren. Bemerkenswerter ist aber die Tatsache, daß dort, wo der Kapitalismus und Industrialismus ein besitzloses Proletariat geschaffen haben und die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze markant hervortreten, wir zum Teil ein erhebliches Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen zu verzeichnen haben. Dieser Stimmenzuwachs wäre ohne die andauernde Krise noch augenscheinlicher. Wo wirklich ein Stimmenverlust eingetreten ist, liegt er an der Krise und an örtlichen Verhältnissen. Hierzu ist in erster Linie die überaus ungünstige Ansetzung der Wahlzeit zu rechnen. Hunderten von Arbeitern, die stundenweit vom Wohnort arbeiteten, war es nur unter erheblichen Opfern an Zeit und Lohn möglich, ihr Wahlrecht auszuüben. Gegen das Jahr 1905 mögen etwa insgesamt 2500 Stimmen mehr abgegeben worden sein. Genaue Zahlen lassen sich leider nicht angeben. Rund gerechnet entfallen davon:

	Auf die Sozialdemokratie	Auf die Bürgerlichen
1905	5200 Stimmen	5700 Stimmen
1908	6100 =	7300 =
	Mehr 900 Stimmen	1600 Stimmen

Diese Ziffern widerlegen nicht nur das Gerede vom Niedergang der Sozialdemokratie glänzend, sondern sind auch nach anderer Richtung interessant.

Der nächste Landtag wird mit 44 Abgeordneten besetzt sein. Während nun auf die 7300 bürgerlichen Stimmen 39 bis 40 Abgeordnete entfallen, erhalten die 6100 sozialdemokratischen Stimmen nur 4, im günstigsten Falle 5 Abgeordnete! Diese Widersinnigkeit und völlige Ungleichheit liegt eben in dem gegenwärtigen indirekten Wahlsystem, das durch diese Ziffern drastisch als Privilegienwahlrecht charakterisiert wird.

Der Ausfall der Wahlmännerwahlen läßt ein abschließendes Urteil auf die Zusammensetzung des Landtags zu: er wird noch mehr als sein Vorgänger einen ausgeprägt agrarischen Charakter tragen. Die Liberalen verlieren eine Anzahl Mandate an die Agrarier. Die Sozialdemokraten behaupten ihren alten Besitzstand. Infolge dieser Zusammensetzung hat die Befürchtung, daß die Gegner der Wahlrechts- und Schulgesetzreform diese wieder illusorisch machen werden, größere Wahrscheinlichkeit erlangt. Schuld daran tragen vor allem die Liberalen durch ihre jämmerliche Haltung selbst, die in den allermeisten Fällen von vornherein aus Haß gegen die Sozialdemokratie mit den Agrariern gemeinsame Sache machten. So haben sie im Fürstentum Lübeck einen Pakt mit den Agrariern geschlossen, um einen Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern. Auch sonst haben die Liberalen vielfach mit den Agrariern die Mandate stillschweigend geteilt und sich in einen erbärmlichen Kuhhandel mit den Brotverteurern eingelassen. Wenn jetzt dieselben Liberalen über das Übergewicht der Agrarier jammern, so ist dies Heuchelei. Der Oldenburger Liberalismus hat durch sein Paktieren mit den Agrariern bewiesen, daß er genau so wahlrechtsfeindlich ist wie diese und nur zum Scheine insoweit für ein besseres Wahlrecht eintritt, als es seinen liberalen, das heißt seinen kapitalistischen Interessen nicht weh tut.

Der nächste Landtag wird also höchstwahrscheinlich die Ansätze einer halbwegs fortschrittlichen Entwicklung in Oldenburg im Keime ersticken. Nicht eine gesunde großzügige Politik im Interesse des Fortschritts und auf der Basis des Allgemeinwohls, sondern nackte und reaktionäre Interessenpolitik wird noch mehr als bisher die Arbeiten des Landtags beeinflussen.

Trotzdem darf die Sozialdemokratie mit dem Ergebnis des Wahlkampfes durchaus zufrieden sein; sie hat nicht nur ihre Position glänzend behauptet, sondern auch im Oldenburger Lande das Proletariat mehr und mehr zur Erkenntnis seiner Klassenlage gebracht — und das ist die Hauptsache.